

Die Unmöglichkeit einer Reform

Die Ablehnung ist deutlich: Zwei von drei Stimmbürgern lehnen die Reform der beruflichen Vorsorge ab. Sie begraben damit eine lange gehegte Forderung der Frauen – auch wenn sie wieder auf die Agenda kommt.

Anna Wanner

BERN. Schulterzucken bei den Befürwortern: Wenn Teilzeitarbeitende und Geringverdiener eine bessere Absicherung in der zweiten Säule ablehnen, dann lassen wir es eben sein. In solchen Aussagen schwingt auch der Frust mit. Denn um Lösungen hat das Parlament hart gerungen. Die Anerkennung der Bevölkerung bleibt aus. Schon wieder.

Beim Frauendachverband Alliance f sitzt die Enttäuschung besonders tief. «Die Rentenlücke bleibt bestehen», sagt Co-Präsidentin Maya Graf in ein Mikrofon von SRF. «Frauen erhalten 44 Prozent weniger Rente in der zweiten Säule.» Dieser Missstand ist noch immer nicht korrigiert. Ob der Aufruf fruchtet, dem endlich nachzukommen?

Denn der Kampf darum, der zieht sich ins Unendliche: Seit die damalige CVP-Nationalrätin Margrit Camenzind 1987 verlangte, über eine Anpassung des Koordinationsabzugs die Vorsorge der Frauen zu verbessern, sind 35 Jahre verstrichen. Geändert hat sich für diese: nichts.

Dabei hat das Parlament mehrfach den Willen bekundet, Teilzeitpensen und kleine Einkommen in der beruflichen Vorsorge besser zu versichern. Die einstige SP-Bundesratskandidatin Christiane Brunner wollte 1994 erwirken, dass der Koordinationsabzug bei Teilzeitpensen gesenkt wird, weil die Rente sonst «sehr bescheiden» ausfalle. Der Vorstoss? Abgeschrieben.

CVP-Nationalrätin Rosmarie Zapfl nahm 1997 einen neuen Anlauf, den Koordina-

tionsabzug für Teilzeitpensen zu senken. Illustre Persönlichkeiten wie alt CVP-Bundesrat Joseph Deiss, Alexander Tschäppät (SP/BE), Christiane Langenberger (FDP/VD), Verena Diener (GLP/ZH) oder Christine Goll (SP/ZH) unterstützten das Anliegen in einer breiten Koalition.

Zapfl argumentierte, den Frauen würden Altersgutschriften von rund 450 Millionen Franken vorenthalten. Diese Diskriminierung sei endlich aufzuheben. Der Vorstoss nahm eine erste Hürde, doch das Parlament zögerte. Nach einer Fristverlängerung wurde der Vorstoss abermals abgeschrieben.

Schliesslich versuchten sich auch FDP-Nationalrätin Christa Markwalder, SP-Nationalrätin Josiane Aubert und GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy mit der Senkung des Koordinationsabzugs – ohne Erfolg. Es folgte die Altersreform 2020, die ebenfalls eine bessere berufliche Vorsorge für die Frauen vorsah, aber an der Urne knapp scheiterte. Und jetzt also der nächste Misserfolg.

Wie kann es sein, dass ein derart breit getragenes und lange gehegtes Anliegen nicht umgesetzt wird?

Die schnelle Antwort: Diese Anpassung ist gerade für Branchen im Tieflohnbereich teuer, weil sie die Angestellten besser versichern müssen – und das kostet. Offenbar gehören die Frauen-Renten auch nicht zu den Prioritäten des männlich besetzten Parlaments. Deshalb versuchten die Unterstützerinnen des Vorhabens, in den Räten über Kom-



Die Freude am klaren Nein zur BVG-Reform ist bei den Gegnern gross. BILD KEY

promisse ans Ziel zu kommen. Doch die letzte Reform zeigte: Kompromisse werden von (zu) vielen Seiten zerfleischt. Wie geht es also weiter?

Option 1: Die Scherben nochmals zusammenkehren

Elisabeth Baume-Schneider sagt, für sie stehe die Senkung des Koordinationsabzugs zur besseren Absicherung der Frauen im Vordergrund einer neuen Reform. Die SP hat über Ständerätin Flavia Wasserfallen und Nationalrätin Samira Marti bereits zwei gleichlautende Anträge eingereicht,

um den Koordinationsabzug zu senken. Ob jemand Hand bietet, nochmals einen Anlauf zu nehmen und einen neuen Kompromiss zu suchen? Eine erste Absage erteilt SVP-Nationalrätin Martina Bircher: «Die SP pickt sich jetzt die Rosinen raus. Doch das führt nicht ins Ziel, für die Arbeitgeber wird das viel zu teuer.» Auch FDP-Nationalrätin Regine Sauter sieht keine Basis für eine gemeinsame Lösung.

Unter den Frauen besteht da jedoch keine Einigkeit. GLP-Nationalrätin Melanie Mettler ist bereit, die Änderungen nochmals anzupacken. «Wir müssen eine

«Die Rentenlücke bleibt bestehen.»

Maya Graf
Co-Präsidentin von Alliance f

Lösung finden.» Dass der Vorschlag ausgerechnet aus den Reihen der SP kommt, ärgert GLP-Kollegin Kathrin Bertschy aber: «Diese Verbesserungen für die Frauen waren in der Reform enthalten, welche die SP ablehnte.» Bertschy sagt, das Vorgehen sei zynisch. «Es ist unmöglich, nochmals eine solch grosszügige Reform durchzubringen.»

Option 2: Alternative Aufbesserungen der Frauen-Renten

Gewerkschaften, Grüne und SP haben noch andere Pläne für die berufliche Vorsorge – etwa die Einführung von Erziehungs- und Betreuungsgutschriften, die bessere Absicherung von Care-Arbeit oder ein Ehegattensplitting für die berufliche Vorsorge. Es wäre dies eine Abkehr vom Prinzip der beruflichen Vorsorge und des Kapitaldeckungsverfahrens: Jede erwerbstätige Person spart für sich. Regine Sauter sieht hinter den Vorstössen eine grössere Agenda. Die berufliche Vorsorge versichere Erwerbstätige. «Wer soll denn die Betreuungsgutschriften zahlen, wenn das Gesetz keine Umverteilung vorsieht?» Genau da wolle die SP ansetzen und die zweite Säule in eine AHV umbauen. Kathrin Bertschy zieht auch die Machbarkeit infrage: «Wenn wir es nicht schaffen, kleine Einkommen zu versichern, wie sollen wir dann Nichteinkommen versichern?» Die Vorschläge werden im bürgerlich dominierten Parlament einen schweren Stand haben.

Option 3: Nichts tun

In der Politik hat das Dossier unterdessen den Stempel «toxisch» erhalten. Reformen in der zweiten Säule gelingen einfach nicht. Auch die als notwendig erachtete Senkung des Mindestumwandlungssatzes, der die Höhe der Rente bestimmt und aufgrund der steigenden Lebenserwartung heute zu

hoch angesetzt ist, erlebt sein drittes Scheitern an der Urne. Die Gewerkschaften sind nicht bereit, dieses Pfand aufzugeben – selbst mit einer Kompensation von 11 Milliarden Franken nicht. Das klare Nein führt nun selbst bei Wirtschaftsverbänden zur Einsicht, das Thema ruhen zu lassen. Nichts tun ist angesichts der klaren Absage der Bevölkerung eine reale Option.

Das bewirkt die Änderung des Koordinationsabzugs

Die berufliche Vorsorge versichert Einkommen bis 88 200 Franken pro Jahr obligatorisch. Versichert ist aber nicht der ganze Lohn, ein fixer Betrag von 25 725 Franken wird abgezogen. Bei höheren Einkommen fällt das nicht so stark ins Gewicht, wer aber im Teilzeitpensum arbeitet und 40 000 Franken verdient, hat nur 14 275 Franken des Lohnes versichert, kann damit kaum eine Rente ansparen und profitiert auch nicht von Beiträgen des Arbeitgebers oder Zinsen in der Pensionskasse. Der Koordinationsabzug ist ein wesentlicher Faktor für die hohe «Gender Pension Gap» – die Rentenlücke der Frauen im Vergleich zu den Männern: Sie haben im Schnitt rund 35 Prozent respektive fast 20 000 Franken weniger Rente pro Jahr. Der flexible Koordinationsabzug von 20 Prozent würde das Einkommen besser versichern und so die Renten aufbauen: Anstatt 25 725 Franken würden bei einem Lohn von 40 000 Franken noch 8000 Franken (20 Prozent) abgezogen, 32 000 Franken wären versichert – mehr als doppelt so viel als heute. Bei einem Lohn von 70 000 Franken wären neu 56 000 Franken anstatt 44 275 Franken versichert.

Eidgenössische Abstimmungen Resultate Kantone

	Für die Zukunft unserer Natur und Landwirtschaft «Biodiversitätsinitiative»		Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG/Reform der beruflichen Vorsorge)		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Zürich	184151	257215	155979	277871	45,8
Bern	132305	213524	104405	234487	46,5
Luzern	40715	91821	50213	79591	46,6
Uri	2954	9126	4036	7702	44,8
Schwyz	12809	42016	18995	35125	50,8
Obwalden	3405	10511	5070	8516	51,0
Nidwalden	3776	11815	6091	9174	49,1
Glarus	3934	7631	3691	7656	43,5
Zug	11903	24876	15528	20692	46,8
Freiburg	32380	62071	24618	68862	44,1
Solothurn	27026	50607	21454	54996	42,5
Basel-Stadt	28786	21133	16277	32824	44,2
Baselst. l.	33260	47288	23879	55636	42,9
Schaffhausen	12735	20071	12113	19742	46,1
Appenzell AR	6873	13071	6791	12653	51,3
Appenzell AI	1396	4108	1942	3439	45,5
St. Gallen	50815	110144	59984	97441	48,7
Graubünden	20176	41316	22521	37273	43,9
Aargau	62998	128626	62471	126812	43,3
Thurgau	24036	55547	27777	50493	44,9
Tessin	32373	58104	34142	54984	40,8
Waadt	86190	129099	58462	154695	42,7
Wallis	25729	72918	28310	69478	45,9
Neuenburg	20334	26095	10608	35320	41,0
Genève	55612	53082	29299	79266	39,9
Jura	9488	17501	6121	20588	50,2
Total	926159	1579316	810777	1655316	
Total %	37,0	63,0	32,9	67,1	45,2

Befürw. Stände	11/2
Verwerf. Stände	19/5/2

Eidgenössische Abstimmungen Resultate in den Thurgauer Gemeinden

	Für die Zukunft unserer Natur und Landwirtschaft «Biodiversitätsinitiative»		Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG/Reform der beruflichen Vorsorge)		Stimm-beteiligung
	Ja	Nein	Ja	Nein	
Basadingen	181	437	188	429	50,0
Berlingen	101	188	96	190	50,0
Diessenhofen	325	604	292	632	44,6
Ermattingen	364	656	339	669	48,2
Eschenz	173	450	223	391	50,7
Hüttwilen	190	474	245	413	55,6
Mammern	54	153	93	110	53,3
Neunforn	129	351	139	329	59,6
Sälenstein	128	316	124	312	51,2
Schlatt	169	467	172	459	50,2
Schönborn	385	717	392	694	45,7
Wagenhausen	190	375	172	380	50,7

Ohne ihn geht es nicht in der Sozialpolitik

Gewerkschaftsboss Pierre-Yves Maillard ist die prägende Figur der linken Politik.

Michael Graber



Erfolgreicher Einsatz: Pierre-Yves Maillard freut sich über das Resultat. BILD KEY

BERN. Die Sterne stehen gut: «Sie surfen auf der Erfolgswelle.» Oder: «Sie machen grosse Quantensprünge in diesem Jahr und gehören zu den grossen Gewinnern des Jahres.» Und: «Sie haben einen richtig guten Lauf.» Das sind Ausschnitte aus dem Jahreshoroskop für das Sternzeichen Fisch. Pierre-Yves Maillard, geboren am 16. März 1968, ist Fisch.

Es hätte aber gar keine Blicke in die Kaffeetaschlererei der Astrologie gebraucht. Auch eine andere Branche, die sich gerne mit Prognosen beschäftigt, attestierte dem Gewerkschaftsboss und SP-Ständerat ein Hoch: «An ihm führt kein Weg vorbei» (SRF). «Er ist so mächtig wie noch nie» («Blick»). «Der wichtigste Linke der Schweiz» («Tages-Anzeiger»).

Seit seiner Rückkehr als Ständerat ins Bundeshaus vor fünf Jahren ist der ehemalige Waadtländer Regierungsrat und alt Nationalrat Pierre-Yves Maillard unter besonderer medialer Beobachtung.

Eine pflichtbewusste Freude

So auch am Sonntag. Es ist kurz nach halb zwölf, als Maillard den Progr in Bern betritt. Hier treffen sich die Gegner und Gegnerinnen der BVG-Reform. Die Stimmung ist gelöst, der Sieg ist eigentlich nur noch Formsache. Bereits in den letzten Umfragen hatte sich ein solider

Klub einen unterklassigen Verein rausgekegelt. Eine pflichtbewusste Freude.

Der Ex-Nationalrat, Ex-Regierungsrat, Jetzt-Ständerat und Jetzt-Gewerkschaftsboss hat allen Grund zur gesteigerten Zufriedenheit. Mit dem erfolgreichen Referendum gegen die Pensionskassenreform ist den Linken 2024 der zweite wichtige Sieg an der Urne gelungen. Der Auftakt war die gewonnene Abstimmung zur 13. AHV-Rente. Diese stammte aus der Küche des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes (SGB), den Maillard seit 2019 präsidiert. PYM, wie er auch genannt wird, war die Kühlerfigur im Abstimmungskampf. War sich um keine Schlacht zu schade: trat auch im «Albisgüetli» auf und punktete selbst bei der SVP-Basis.

Wer mit anderen Politikern über Maillard spricht, der spürt eine Mischung aus Bewunderung und Ehrfurcht, aber auch etwas Ablehnung. Der Machtmensch Maillard scheut sich nicht, Leuten auf die Füsse zu stehen. Er hat eine klare linke Linie, ist aber zu Kompromissen bereit, wenn er davon ausgeht, dass sie der Sache nützen. Das kommt gerade in dogmatischeren Kreisen nicht nur gut an. Auch sei er zuweilen etwas gar zu selbstbewusst. Gleichzeitig betonen mehrere, dass Maillard «sehr loyal» sei und stets mit offenen Karten spiele.

Das Scheinwerferlicht findet ihn selbst. Im Progr geht Maillard nicht gleich zu den zahlreichen Mikrofonen, die den

Siegerinnen und Siegern hingehalten werden. Er geht nach hinten an ein Tischchen. Das Scheinwerferlicht überlässt er den anderen. Auch im Wissen, dass es ihn dann schon noch findet. Zweites Aufstellen vor der Leinwand. Nun folgen erste Zahlen. 69 Prozent Nein. Das ist eine Ohrfeige. Aus dem Lächeln auf dem Gesicht von Maillard wird ein Strahlen.

Auch den Umgang mit Niederlagen kennt er: Im Dezember 2011 wurden Maillard der Sprung in den Bundesrat verweigert. Bei der Ersatzwahl von Micheline Calmy-Rey unterlag er Alain Berset deutlich. Als es kürzlich darum ging, ebenjenseits Berset zu ersetzen, nahm sich Maillard selbst aus dem Rennen. Er verwies auf seine Herkunft aus der Romandie (Elisabeth Baume-Schneider hatte kurz davor Simonetta Sommaruga ersetzt) und auch darauf, dass er nicht ausgerechnet mehrere Gewerkschaftsanliegen als Mitglied der Regierung bekämpfen wolle.

Das Kollektiv und PYM

Da ist Maillard Realist: Im Bundesrat würde er mit seinen Positionen nur höchst selten Mehrheiten finden. Mit Initiativen, Referenden und Deals in den Räten hat die Linke mehr Gewicht. Auch in der Europafrage spielt Maillard eine gewichtige Rolle. Als Vertreter der Gewerkschaften kann er klare Forderungen stellen. Ohne den Support der Arbeit-

nemhervertretungen dürfte ein Abkommen kaum mehrheitsfähig sein.

Genau dieses Gewicht genießt der Mann offensichtlich. Kamerateam um Kamerateam drängt sich am Abstimmungssonntag um Maillard. Er wiederholt immer wieder die gleichen Sätze. Spricht sie aber immer mit derselben Dringlichkeit. Viele andere der Gewinnerinnen und Gewinner sind da längst abseits des Medienpuls am Apéro. Der Fokus gehört PYM. Er selbst schüttelt energisch den Kopf, als er gefragt wird, ob das sein persönlicher Erfolg sei. «Nein, das war ein Sieg des Kollektivs. Es brauchte jeden und jede», sagt er. Aber schon die Tatsache, dass ihm diese Frage gestellt wird, zeigt: Ohne ihn geht derzeit in der linken Politik nicht viel.

Ihm wird auch ein guter Draht in den Bundesrat nachgesagt. Und das nicht erst, seit Elisabeth Baume-Schneider in der Regierung sitzt. Ausgerechnet sie, die mal eine Katze von Maillard bekommen hat, musste nun gegen die Gewerkschaften antreten. Aber auch mit anderen Bundesrätern pflegte Maillard engen Austausch. Mit Karin Keller-Suter habe er sich gerade zu Beginn seiner Amtszeit als Gewerkschaftsboss regelmässig unterhalten. Mittlerweile sei dieses Verhältnis etwas erkaltet.

Im Welschland genießt PYM eine enorme Popularität. Auch als einer, der Deals über die Parteigrenzen hinaus eingetätigt hat. Legendar ist seine Zusam-

menarbeit im Waadtländer Regierungsrat mit dem damaligen FDP-Finanzdirektor Pascal Broulis. Das Duo erhielt den Übernamen «Brouillard et Malice» (Nebel und Schlaueit). Maillard funkte Broulis nicht in seine Wirtschaftspolitik, und dieser tolerierte im Gegenzug eine grosszügig ausgebaut Sozialpolitik.

Nachfolger von Rechsteiner

Im bürgerlichen Bundesparlament ist es schwieriger für Gewerkschaftsanliegen. Sein Vorgänger beim SGB, Paul Rechsteiner, galt auch da als grosser Dealmaker, der hinter den Kulissen die Fäden zog. Maillard hat diesen Ruf nicht. Noch nicht. Was er sich spätestens am Sonntag erarbeitet hat, ist dagegen der Ruf als jemand, der mit Referenden und Initiativen die Deals der anderen korrigiert.

Noch ein drittes Mal Aufstellen zum Gruppenfoto. Und dann kurze Ansprachen. Auf der Bühne stehen Maillard, die SP-Spitze und Grünen-Präsidentin Lisa Mazzone. Das erste Wort gehört Maillard. Eine tolle Kampagne sei es gewesen, ein Warnschuss an die Bürgerlichen, ein Zeichen für den Bundesrat. Applaus.

Kämpferisch sind auch die anderen Voten. Auf der Leinwand flimmert eine merkwürdige SRF-Serie über Nachhaltigkeit. Als man fertig ist mit dem gegenseitigen Loben und Klaskampfen, schreiten alle von der Bühne. Jetzt ist Zeit zum Anstossen. Im allerletzten Moment greift Pierre-Yves Maillard noch einmal zum Mikrofon: «Bonne fête.»

Wer das letzte Wort hat, entscheidet, wo es lang geht.

Kommentar

Ein Scheitern mit Ansage

67,1 Prozent sagen Nein zur BVG-Reform. Eine Niederlage ist nach den letzten Umfragen zwar erwartet worden, aber nicht in dieser Deutlichkeit. Die Rechnung der Linken und Gewerkschaften ist aufgegangen. Sie haben ihre Kampagne auf pauschalen Behauptungen aufgebaut. «Rentenabbau für alle» ist für die Bevölkerung zwar besser verständlich, aber inhaltlich falsch. Da half es nicht, dass Bürgerliche und Wirtschaftsverbände ungeeint auftraten, die Hälfte der SVP-Basis und Verbände wie Gastrosuisse oder der Bäckermeisterverband die Reform bekämpften. Ausserdem dürften Rechenfehler von Bund und Pensionskassen die Unsicherheiten im Abstimmungskampf in der Bevölkerung weiter geschürt haben. Für viele war die Reform komatös kompliziert. Das deutliche Nein ist ein Fiasko. Nicht nur für die Befürworter der Reform, sondern besonders für die Erwerbstätigen, Frauen, Teilzeiterwerbende und Mehrfachbeschäftigte. Die allermeisten hätten von der Reform profitiert. Es dürfte nun Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dauern, bis sich Bürgerliche, Linke, Arbeitgeber und Gewerkschaften, wenn überhaupt, wieder auf eine Reform einigen können. Bis dahin wird die Umverteilung von Erwerbstätigen zu Rentnerinnen und Rentner weitergehen. Mehr Rente gibt das nicht, eher weniger. Auf ein besseres Angebot dürfen die Linken und Gewerkschaften zwar hoffen, wie sie es fordern, realistisch ist

das aber nicht. Dennoch ist es für die erwerbstätige Bevölkerung zentral, dass die Parteien, Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände sich jetzt zusammenraufen und der Bundesrat rasch eine neue Reform plant.

Es ist die vierte Reform, die gescheitert ist, nicht zuletzt an der Gleichstellungs- und Frauenfrage. Daher sollte die Poli-



Andrea Tedeschi
Inlandredaktorin
andrea.tedeschi@shn.ch

«Es ist die vierte Reform, die gescheitert ist, nicht zuletzt an der Frauenfrage.»

tik Lehren daraus ziehen. Die Bürgerlichen und Wirtschaftsverbände dürfen die Frauenfrage nicht wieder unterschätzen, müssen ihre Versprechen einhalten, ihre Kampagne besser aufgleisen, die Inhalte einfacher erklären. Und die Linken und Gewerkschaften? Sie werden für ihre Politik geradestehen müssen, sollte die Bevölkerung ohne Reform weniger Rente bekommen. Sie nutzen bisher jede Reform der Altersvorsorge, um gleichen Lohn für alle zu fordern, obwohl das nicht Gegenstand von Vorsorge-Abstimmungen ist. Es wäre redlicher, wenn sie dazu stehen würden, dass sie gar keine Pensionskasse wollen, statt das Stimmvolk mit Behauptungen irrezuführen.